

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, RAIMUND-HUBER-STRASSE 5
76829 LANDAU

E 30.11.2010

Bündnis 90/ Die Grünen Landau
Stadtratsfraktion

Oberbürgermeister
Hans-Dieter Schlimmer
Stadtverwaltung
Marktstraße 50

76829 Landau

Stadtrat am 30/11

Susanne Schröer
(Fraktionsvorsitzende)
Raimund-Huberstraße 5
76829 Landau

Tel.: 06341/937449 (P)
06341/684144 (D)

s.schroerer@gruene-in-landau.de

Landau, den 22.11.2010

Antrag auf Erlass eines Dringlichkeitsentscheidung auf fristgerechte Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz wegen dem Ausbau der Bundesstraße B 10

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Im Namen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, bitte Ich Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung des nächsten Stadtrates am 14.12.2010 zu setzen. Der Stadtrat möge beschließen:

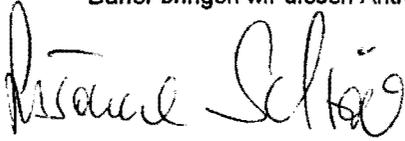
Die Stadt Landau erhebt fristgerecht (1 Monat nach Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses) Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz wegen dem Ausbau der Bundesstraße B 10.

Begründung:

- 1.) Die Dringlichkeit der Entscheidung und die Befassung im Stadtrat ergeben sich aus den Tatsachen, dass erstens der Planfeststellungsbeschluss der Stadt Landau bereits am 16.11.2010 zugestellt worden ist, ohne dass die Mitglieder der Fraktionen darüber unterrichtet wurden und dass zweitens bis zum Ablauf der Klagefrist am 16.12.2010, 24.00 h nur noch 2 Tage nach dem Stadtrat zur Verfügung stehen.
- 2.) Artikel 28 Grundgesetz (Art 28 GG) sichert das Recht auf kommunale Selbstverwaltung, zu der auch die Planungshoheit gehört. Diese wird durch den Bau erheblich beeinträchtigt und zwar insbesondere für die Zukunft. Die Stadt und die Ortsgemeinden sind nicht mehr frei in den für die B 10 beplanten Gebiete eigenständige Planungen z. B. für Wohnungsbau durchzuführen.
- 3.) Die Bürger des Landauer Stadtgebietes Schützenhof und der Landauer Stadtdörfer Nußdorf und Godramstein werden durch die zukünftigen Lärm- und Abgasemissionen stark beeinträchtigt.
- 4.) Siehe Inhalt Stellungnahme der Stadt Landau vom 15. Mai 2007.
- 5.) Siehe Inhalt der Resolution aus dem Jahr 2007.
- 6.) Siehe einstimmig beschlossene Resolution des Stadtrates gegen den Ausbau der B 10 vom 26.06.2001.
- 7.) Aussage des Bürgermeisters Hans Dieter Schlimmer vor vielen Zeugen im 7. Forum des Mediationsverfahrens im Dorfgemeinschaftshaus am 13. Oktober 2004: „ Da hätte man sich dieses Verfahren (gemeint ist das 280.000,00 Euro teure Mediationsverfahren) sparen können.“ Und weiter: „ Wenn das so kommt wird die Stadt Landau dagegen klagen.“ Diese Aussage bezieht sich inhaltlich auf den Vorschlag des leitenden Mediators Professor Claus Meissner bei künftigen Gesprächen und Diskussionen das Augenmerk auch auf die Möglichkeit zu richten, dass der geplante Ausbau der B 10 im Bereich Landau-Queichhambach realisiert werden würde. Diese Aussage ist leider nicht in das Protokoll aufgenommen worden.

8.) Aus Sicht von Bündnis 90 / Die Grünen ist es nicht hinnehmbar, dass heute die Fraktionen, Stadträte und der Oberbürgermeister sich von den in der Vergangenheit abgegebenen, eindeutigen Aussagen gegenüber der Öffentlichkeit gegen den Ausbau der B 10 abwenden und den Landauer Bürgern und Bürgerinitiativen damit während des laufenden Feststellungsverfahrens eine falsche Sicherheit vermittelt worden ist. Nämlich die Sicherheit, dass die oben schon genannten verantwortlichen Entscheidungsträger sich für die Belange der Landauer Bürger vor allen Dingen dann einsetzen werden, wenn die Situation ernst wird.

Wir von Bündnis 90 / Die Grünen fühlen uns den Landauer Bürgern und Bürgerinitiativen verpflichtet. Daher bringen wir diesen Antrag heute im Hauptausschuss ein.



Susanne Schröder

(Fraktionsvorsitzende)